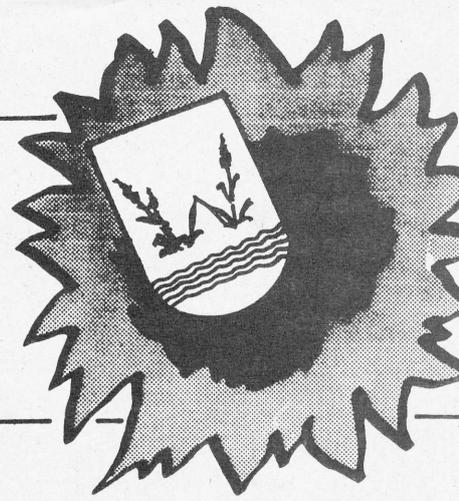
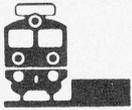


DER GRÜNE BOTE



7. Jahrgang ~ JULI '91



Verkehrsforum 2000 in Wiesenbach



Auf Einladung des Verkehrsforums 2000, eines Diskussionskreises, der von grünen Stadt- und Gemeinderäten gegründet wurde, sprach der Direktor des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar (VRN) Hr. Gözl. im Wiesenbacher Bürgerhaus.

Bevor jedoch Zukunftsaussichten des öffentlichen Nahverkehrs überhaupt zur Sprache kamen, mußte sich der scheidende VRN-Direktor den engagiert vorgetragene Fragen der zahlreich erschienenen Zuhörerschaft stellen. "Weshalb muß ich bei der Fahrt von Bammental nach Eberbach 65 Minuten Wartezeit auf dem Neckargemünder Bahnhof in Kauf nehmen?", fragte ein Zuhörer aus Bammental, während mehrere Gaiberger Bürgerinnen und Bürger sich beklagten, teilweise überhaupt keine öffentlichen Verkehrsmittel nutzen zu können. Von Wiesenbachern wurde gefordert, daß der 35 er Bus aus

Heidelberg noch eine Schleife nach Wiesenbach fahren solle, statt 20 Minuten vorm Reha zu stehen. Ganz massiv wurde die Verteuerung des Nahverkehrs für Schülerinnen und Schüler und vor allem für Senioren kritisiert.

Hr. Gözl versuchte dieser Anfragenflut dadurch Herr zu werden, daß er die Überprüfung der jeweiligen Angaben zusagte und versprach, die Fragenden persönlich anzurufen. Nach einer Würdigung des Ruftaxis, das immerhin in über 70 Kommunen des Verkehrsverbundes eingeführt sei, allerdings mit einer sehr unterschiedlichen Preisstaffelung, sprach Hr. Gözl von der einseitigen Bevorzugung des Straßenausbaus, mochte sich allerdings nicht auf einen Vergleich der Länder Baden-Württembergs und Nordrhein-Westfalens e.v. Breiten Initiative e.v. Breite Str.51 5300 Bonn 1 .

I. H.



dann erst der nationale Fern- und Güterverkehr zu berücksichtigen und der regionale Verkehr habe sich diesem unter- und einzuordnen. Einiger Unmut entstand bei der Zuhörerschaft darüber, daß nach Meinung vieler der VRN nur immer zu spät reagiere und nur in geringem Ausmaße Modelle für einen ausgebauten Nahverkehr entwickle. Hr. Götz bedauerte dies ebenfalls, wies allerdings auf die unzureichende Personalsituation beim VRN hin. Aufgabe des VRN sei eine konzeptionelle Planung im Einvernehmen mit den Verkehrsunternehmen. Der Ausbau des ÖPNV sei Angelegenheit der Politiker. Er empfahl den Anwesenden, nicht nur die Träger politischer Entscheidungen stärker zu kontrollieren, sondern eben auch lautstark gegen unsinnigen Straßenbau zu protestieren: "Wer am lautesten schreit, kriegt was." Eine für die Anwesenden erfreuliche Nachricht hatte er aber doch parat: "Nachdem die Eingabe der Fahrpläne bis zum Jahresende im EDV-System abgeschlossen sei, könne jeder Kunde der VRN seinen "persönlichen" Fahrplan erstellt bekommen, also z.B. alle möglichen Verbindungen zwischen Wohnung und Arbeitsplatz.

Peter Kühn

Kliniken
und lassen den Krieg,
der dem gleichen psychiatrischen
Krankheitsbild unterliegt frei laufen?

B. Hofmann

Literatur:

- Studie der IPPNW
- Artikel v. Jan Sellner (Frankfurter Rundschau)

Neumünster und Köln

In diesen beiden Städten tagte Ende April und dann erneut Anfang Juni die jüngste Bundesversammlung der GRÜNEN.

Wichtige Satzungsänderungen, Wahlen zum Bundesvorstand und einige politische Grundsatzentscheidungen standen auf der Tagesordnung. Fernsehen, Radio und Zeitungen berichteten ausführlich darüber, allerdings nicht immer zutreffend.

Mit Heinz-Ludwig Nöllenburg befand sich auch ein GRÜNER aus Wiesebach unter den über 600 Delegierten. Gemeinsam mit Dieter Jung, Kreisrat aus Dielheim, vertrat er den Kreisverband Odenwald-Kraichgau. (Ach du liebe Frauenquote!)

Die beiden Delegierten setzten sich erfolgreich dafür ein, daß Bundestags- und Landtagsabgeordnete weiterhin nicht in den Bundesvorstand gewählt werden können (Trennung von Amt und Mandat). Sie stimmten mit der Mehrheit für das eher "linke" VorstandssprecherInnen-gespann Ludger Volmer/Christine Weiske gegen das von den Medien bevorzugte Dreigestirn Antje Vollmer/Hubert Kleinert/Vera Wollenberger. Ihr Kommentar: "Die GRÜNEN dürfen nicht zu einem strömungslinienförmigen Parlamentswahlverein werden."

Die Stimmen der beiden unterstützten auch den Beschluß der Bundesversammlung, sich gegen Berlin als Regierungs- und Parlamentssitz auszusprechen, übrigens gemeinsam mit den Delegierten des Landesverbands Brandenburg, den Nachbarn dieser Stadt.

Die Entscheidung der GRÜNEN, sich eindeutig gegen jede Grundgesetzänderung zur Ausweitung des Auftrags der Bundeswehr einzusetzen, wurde von Nöllenburg und Jung ebenfalls mitgetragen.

Im Unterschied zur SPD lehnen die GRÜNEN auch den "Blauhelm"-Einsatz ab.

(1n)

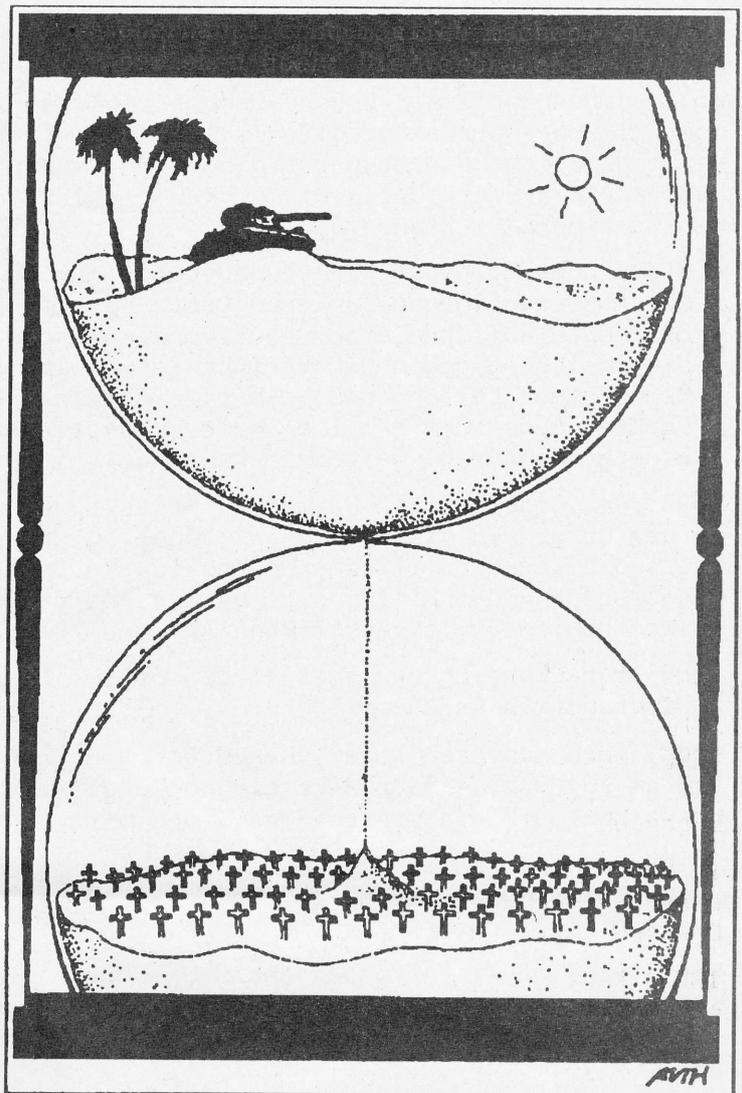
Die Kurden nach dem Golfkrieg

Mitte Mai luden wir Wiesenbacher Grüne zu einer Veranstaltung ein, bei der Kurden über ihre Lage, über die Lage ihrer Heimat berichteten. Die beiden Referenten kamen von der "Gesellschaft für kurdische Kultur im Ausland." Heidelberg.

Die Kurden leben heute als Minderheit auf 4 Staaten verteilt in Syrien, Irak, Iran und in der Türkei. Einen kurdischen Staat hat es in der Geschichte nie gegeben. Es waren einzelne kurdische Stämme, die sich in Aufständen immer wieder gegen die jeweilige Zentralregierung erhoben. Darauf folgten Zwangsumsiedlung von Dörfern, Verbot der kurdischen Sprache, Verbot kultureller und politischer Rechte. Der Golfkrieg hat für das 30 Mio Menschen zählende kurdische Volk Tod, Hunger und Zerstörung gebracht. 3 Mio Menschen aus Irak leben in Flüchtlingslagern lagern oder sind auf der Flucht. Im Norden Iraks ist das Agrarland auf ca 10 Jahre chemisch verseucht. Die republikanischen Garden haben die nordirakischen Städte wie Kirkuk (Ölfelder) zurückerobert. Welche Perspektive bleibt den Menschen? Die verschiedenen kurdischen Gruppen und Parteien haben sich zusammenschlossen: Sie fordern keinen unabhängigen Staat, sondern föderalistische Strukturen in den Ländern. Die Kurden wollen Selbstbestimmung; weder die UNO noch der Generalsekretär noch der Westen sollen über das Volk entscheiden.

Das Kurdenproblem ist politisch und muß politisch gelöst werden. Es finden Verhandlungen von Kurden mit S.Hussein statt über "weitgehende Selbstverwaltung für den Nordirak" und freie Wahlen werden angekündigt. Doch solange es dafür keine internationale Garantie gibt, solange das irak. Militär Flüchtlingstrupps angreift wird den Menschen eine Rückkehr unmöglich.

Was können wir tun? Die Flüchtlinge brauchen weiterhin Unterstützung: Informationen bei medico international Obermainanlage 7 6 Frankfurt 1 und Spendenkonto 1800 Frankfurter Sparkasse (BLZ 500 50 102) Stichwort Kurdistan



"Kein Geld für Krieg" das ist eine Aufforderung an die Verbraucher/Innen, keine Produkte von Unternehmen zu kaufen, die mit ihrem Rüstungsexport den (Golf-) Krieg überhaupt erst möglich machen. Zu beziehen über: Die Verbraucher Initiative e.V. Breite Str.51 5300 Bonn 1 .

I. H.

DER KAMPF FÜR DIE STILLEGUNG DES ATOMKRAFT- WERKES OBRIGHEIM GEHT WEITER !

1968: Der Druckwasserreaktor Obrigheim (am Neckar zwischen Heilbronn und Heidelberg gelegen) nimmt mit 340 MW eL seinen Betrieb auf. Das AKW ist laut Erbauer und Betreiberaussage **Demonstrationskraftwerk** für eine neue Linie von Leichtwasserreaktoren und soll für **fünfzehn Jahre** in Betrieb bleiben. Der eigentliche **Prototyp** für die neuen Reaktoren entsteht Jahre später in Stade. Dem "Kernkraftwerk Obrigheim" (=KWO) **fehlen** (damals nicht geforderter, heute zwingender Standard)

- die Sicherung gegen Flugzeugabsturz (nur 60 cm statt 2 m Betonhülle)
- die Auslegung gegen Erdbeben trotz der Erdbebenzone 2
- die heute üblichen Brandschutzvorrichtungen
- die Auslegung gegen den Verlust des Kühlmittels bei einem doppelendigen Bruch einer Leitung des Primärkreislaufs (sog. 2 F-Bruch) und dessen Folgen, gegen den a l l e anderen deutschen AKW ausgelegt sind.
- eine große Anzahl weiterer, heute selbstverständlicher Sicherheitseinrichtungen.



1986: Das Öko-Institut Darmstadt erstellt ein (Un)Sicherheitsgutachten zum KWO, in dem obige und viele weitere Mängel aufgedeckt werden, das AKW bestimmt bis heute die landespolitische Diskussion in der Energiepolitik.

Die neugegründete BI für alternative Energie Obrigheim und bestehende Initiativen beginnen mit verstärkten Aktionen gegen das AKW, die

1989 zur Einreichung einer Klage auf Stilllegung des AKW beim Verwaltungsgerichtshof in Mannheim führen.

1990: Nach mehreren abgewiesenen Anträgen auf Stilllegung entscheidet der VGH am 23. Mai, daß dem AKW die notwendige Betriebsgenehmigung fehlt, auf Beschluß von Ministerpräsident Späth wird das AKW zwei Tage später stillgelegt.

Im Herbst entscheidet das Bundesverwaltungsgericht in Berlin, die vom VGH ausgeschlossene Revision zuzulassen, das Verfahren geht in die letzte Instanz. Das AKW verliert nach eigenen Angaben pro Stillstandstag eine Million DM!

1991: Am 8. Juni verkündet das BVG in Berlin, daß die "Probetriebsgenehmigung" des AKW ausreichend zum Betrieb sei, Betreiber und Umweltministerium kündigen die Wiederaufnahme des Leistungsbetriebs für Ende Juli 1991 an. Das AKW soll für weitere zwanzig (!) Jahre Atomstrom liefern!

W A S T U N ?

Die Kläger wollen das beim VGH bisher ruhende Verfahren wegen der technischen Mängel schnellstmöglich wiederaufnehmen und außerdem in die Verfassungsbeschwerde gehen. Dazu wird u.a. ein völlig neues Sicherheitsgutachten des Öko-Instituts benötigt, die Erfolgsaussichten dieses Teils der Klage werden in Darmstadt im Übrigen sehr positiv beurteilt. Zu den bisherigen Kosten von über DM 30.000 kommen nun noch mindestens 80.000 DM hinzu, vorhanden sind aufgrund der bisher eingegangenen Spenden nur 20.000.

DAHER GANZ DRINGEND:

Wer mithelfen will, der Atomwirtschaft den ältesten und morschesten Zacken aus der Krone zu brechen, die Fortsetzung der Klage zu ermöglichen und beim (durchaus wahrscheinlichen) Erfolg den Grundstein aus dem schon wackligen Atomgebäude zu ziehen und damit die ganze Bude zum Einsturz zu bringen:

SONDERKONTO ATOMKRAFTWERK OBRIGHEIM ABSCHALTEN
Volksbank Neckargemünd e.G.

Kto.Nr. 4 4 6 7 8 0 9 BLZ 6 7 2 9 1 7 0 0

Kontakt: Wolfgang Stather, Poststraße 18, 6901 Wiesenbach
Peter Kühn, Poststraße 12, 6901 Wiesenbach

Endlich !

In den nächsten Tagen wird mit dem Bau des schon so lange geplanten Fuß-, Fahrrad-, Rollstuhl- und Kinderwagenweges von der Bammentaler Straße über den Biddersbach begonnen. Die Kosten dafür werden sich auf ungefähr 50.000 DM belaufen und von der Gemeinde übernommen werden.

Der Weg führt zwischen Apotheke und Reitstall über eine neue Holzbrücke direkt zum Kinderspielplatz, den Sportanlagen und der Biddersbachhalle.

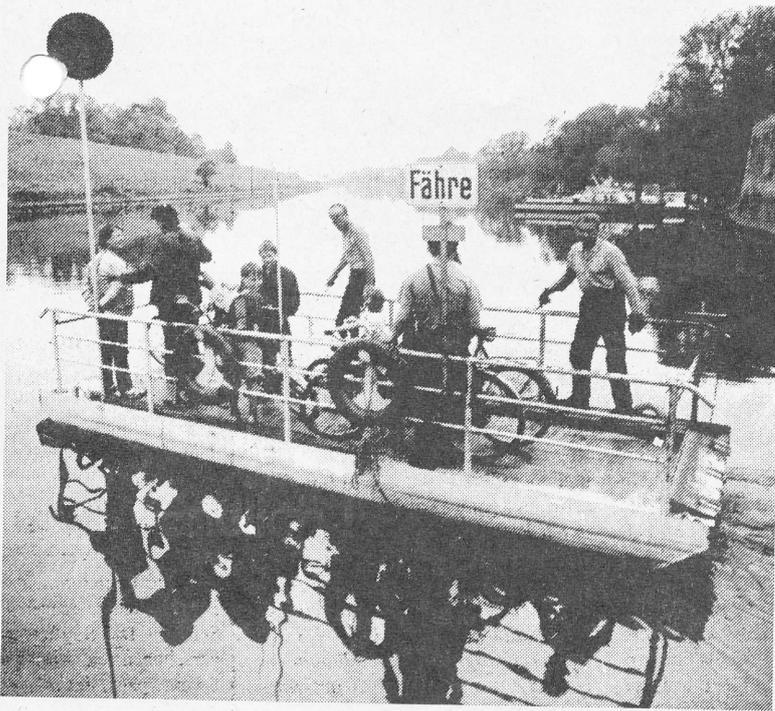
Auch die Ladengeschäfte, die Arztpraxis und die Post können nun sicherer und angenehmer zu Fuß und per Fahrrad erreicht werden.

"Mein Auto steht, sooft es geht": Der neue Weg kann diese Entscheidung nur erleichtern.

Was allerdings noch fehlt, das ist ein gesicherter Übergang über die Straße in Höhe der Einmündung der neuen Verbindung.

Die GRÜNEN in Wiesenbach haben sich, solange es sie gibt, eingesetzt für diese sinnvolle Querverbindung zwischen der verkehrsreichen Bammentaler Straße und der anderen, autofreien Längsachse durch unser Dorf am Biddersbach entlang.

(In)



Au Backe !

Als verantwortungsvolle Mutter begeben Sie sich alle halbe Jahr zum Zahnarzt. Da gibt es dann zwei Möglichkeiten : entweder das Kind hat gute Zähne, es muß nichts gemacht werden, Lob vom Zahnarzt und wir sind entlassen - oder aber das Kind hat Karies, womöglich mehrere Löcher - vorwurfsvoller Blick an die Mutter: Sorgen Sie dafür, daß das Kind die Zähne ordentlich putzt! Der Zahnarzt macht seine Arbeit: Bohren, Unterfütterung, Füllung. Mir bleibt das schlechte Gewissen und die Wut !

Ist das die vorbildliche Prophylaxe ?

Hat sich der Zahnarzt jemals neben ein Kind gestellt und ihm beim Zähneputzen zugesehen, Tips gegeben !?

Natürlich da kann der Zahnarzt nichts dafür : für Beratung kann er halt nur 10 Pkt. und für eine Füllung eben das Doppelte abrechnen !

Dann aber bitte die Behandlung ohne erhobenen Zeigefinger für die Mutter, ohne unzumutbare Vorwürfe an das Kind (keine Süßigkeiten - und das bei dem Angebot und Werbung) !

Oder ist der Zahnarzt mit seiner **Flickschuster-Rolle** doch nicht ganz zufrieden ??

I. Hofmann

Die SchizoPhrenie des Krieges

Während auf der einen Seite Zehntausende irakischer Kinder an Unterernährung und Seuchen, Magen-Darm-Infektionen, Cholera und Typhus sterben - feiert in Stuttgart das VII. US-Korps mit deutscher Prominenz mit Pracht, Dudelsackspieler und Trommler am angerichteten Kalten Büffet ihre Siegesfeier !

Während die Augen und Münder der Menschen im Irak nach Essen und Trinken schreien - bleiben die Regungen der Fahnenträger der Militärparade ungerührt, wenn sie von glorreichem Sieg und deutsch - amerikanischer Freundschaft hören !

Kaum trinkbares Wasser mehr oder Elektrizität - Dunkelheit und Gestank (ob der fehlenden Müllabfuhr und Toiletten) all überall im Irak - farbenfroher Vorbeimarsch, historische Uniformen und "wir wollen mehr Verantwortung durch den Einsatz **unserer** Bundeswehr im Rahmen von Missionen der UN"(Kanzleramtschef R.Seiters in Stuttgart) !

Kaum schaffen wir die sozialen Probleme in **unserem** wiedervereinigten Deutschland überhaupt zu erkennen, geschweige denn sie zu beseitigen - schon wollen wir **helfen** anderstwo Unheil oder soziales Elend herbeizuführen !

Warum sperren wir in **unserem** Land psychisch auffallende Menschen in Kliniken und lassen den Krieg, der dem gleichen psychiatrischen Krankheitsbild unterliegt frei laufen?

B. Hofmann

Literatur:

- Studie der IPPNW
- Artikel v. Jan Sellner(Frankfurter Rundschau)

FERIEN PROGRAMM

"Waldspaziergang" mit



dem Förster am

Do., 22.08. '91

Beginn 14⁰⁰ Uhr



Hinweis: Der beliebte Kinder
flohmarkt findet diesmal
parallel zum Dorfest statt!

Termin: 14.07.'91 ab 14⁰⁰ Uhr

IMPRESSUM

IMPRESSUM "DER GRÜNE BOTE"

Zeitung der GRÜNEN Wiesenbach
V.i.S.d.P.

Bernhard Hofmann
Panoramastraße 40
6901 Wiesenbach

Auflage : 950

Die Meinung der Autoren stellt
nicht in jedem Falle die Auf-
fassung der Redaktion dar.

